

DGB-Vorsitzender Jörg Becker

Rede beim Arbeitnehmerempfang 2009 (teilweise nur Stichworte)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herrn,
liebe Golfspieler von der CDU,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

1. Wirtschaftskrise allgemein

Zumwinkel. Steuerbetrug. Staatsanwältin wird aus dem Verkehr gezogen. Anzapfen von Telefonleitungen. 20 Millionen Euro Pension. Rückgabe des Bundesverdienstkreuzes. Wohnung eine Burg am Gardasee. Hobby Yachtfahren. Klaus Staeck: Deutsche Arbeiter: Die SPD will Euch Eure Villen im Tessin wegnehmen.

Ich will es gleich zu Anfang und recht deutlich sagen: Gewerkschafter sind ungeduldig, wütend, aufgebracht, zornig und am Ende irgendeiner Kompromissbereitschaft mit den inzwischen Himmel schreienden ökonomischen Ungerechtigkeiten, nicht „in diesem unseren Land“, sondern in dieser unserer Klassengesellschaft.

Es geht beim Thema Zumwinkel, Ackermann oder dem ehemaligen Stadtkämmerer Ernst Schneider nicht um professionelle Fehler und finanzielle Ausrutscher, sondern um das moralische und politische Versagen der Elite in diesem Land. Es geht nicht um Neid, es geht vielmehr um einen Klassenkampf von oben, bei dem wir Gewerkschafter nicht tatenlos zugucken können und wollen.

Man kann sich wie Ernst Schneider mit höchst risikoreichen Derivatgeschäften bei der Deutschen Bank verzocken, man kann in Deutschland nahezu einmalig seltsame Feuerlöschwasserverträge mit den Stadtwerken abschließen oder sich wie beim Walder Rathaus auf mehr als dubiose Maklergestalten einlassen: Doch während die Remscheider CDU ihren Stadtkämmerer Müller für seine Zockereien bei der Deutschen Bank abstruft, verhilft in Solingen eine Große Koalition aus CDU und SPD Herrn Schneider zu einem neuen Job mit höherem Gehalt, Dienstwagen, Sekretärin und gesicherten Pensionsansprüchen. (Á propos Walder Rathaus: Das Klingelschild der SINAS AG in Basel existiert nicht mehr.)

Während die Hungerschlange bei der Solinger Tafel in der Blumenstrasse bei mir um die Ecke meiner Wohnung von Monat zu Monat länger wird, hat Solingen nach Düsseldorf inzwischen den höchsten Anteil an Millionären pro Kopf der Bevölkerung in NRW. Ist es nun wirklich frech, ist es unlogisch und widerspricht es der Erfahrung, wenn ich davon ausgehe, dass die Armut der Einen mit dem Reichtum der Anderen zu tun hat?

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir haben für Vetterleswirtschaft und Abzockerei keinerlei Verständnis mehr! Wir haben auch kein Verständnis mehr für eine Parallelgesellschaft aus Reichen!

In dieser Wirtschaftskrise sehen Gewerkschafter voller Verwunderung, wie die nach Art. 15 GG mögliche, völlig legale und keinesfalls außergewöhnliche Vergesellschaftung privaten

Kapitals so gestaltet wird, dass der Steuerzahler mit seinen eigenen Milliardenbeträgen Banken, Versicherungen oder die Autoindustrie stützt, wenn also Gewinne mal wieder privatisiert und Verluste mal wieder der Allgemeinheit aufgebremmt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Das ist unmoralisch, das ist für unsere Volkswirtschaft langfristig schädlich und das ist ein schleichender, aber ein gewaltsamer Systemumsturz!

2. Wirtschaftskrise und Solingen

Zum Verhältnis Staat – private Wirtschaft schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ am 11. Oktober des letzten Jahres:

„Staat und Staaten werden wieder zum Vertrauensanker – weil sie es sind, die die Regeln setzen, aussetzen, neu machen und hoffentlich auch durchsetzen können. Es ist dies kein irrationales Vertrauen. Der staatliche Anker ist ja nicht Fiktion, sondern vorhanden. Der Staat hat ihn aber oft genug in den Sand geworfen in den vergangenen Jahren. Er hat sich in bisweilen unverantwortlicher Weise an die Wirtschaft ausgeliefert. Bund, Länder und Gemeinden haben sich verkauft, und dies mit dem Begriff ‚Public Private Partnership‘ getarnt. [...] Kommunen haben sich mit seltsamen Leasing-Verträgen einem Markt ausgeliefert, den sie nicht überblicken konnten und können. Dutzende Stadtkämmerer wissen daher nicht, was im Gefolge der Finanzkrise auf sie und ihre Bürger zukommt. [...] Die Entstaatlichung der Daseinsvorsorge war eine Gefahr für die Demokratie, weil niemand mehr mit seiner Stimme Einfluss darauf nehmen konnte, was dort passiert; das entschied im schlimmsten Fall eine Briefkastenfirma auf den Kaimaninseln. Das kann nicht länger so sein.“

Und spätestens mit den beiden Begriffen „Public Private Partnership“ und „Daseinsvorsorge“ ist man in der Solinger Kommunalpolitik gelandet. Man kann die weltweite Wirtschaftskrise mit der Solinger Lokalpolitik über die folgende fünf Punkte miteinander verknüpfen:

1. Gemessen am Argumentationsniveau der von den Gewerkschaften unterstützten Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“ oder dem der Süddeutschen Zeitung war das Argumentationsniveau der Ratspolitiker von CDU, SPD und FDP in der Ratssitzung am 11. September 2008, in der das Bürgerbegehren abgelehnt wurde, erbärmlich niedrig. Man wird für die Zukunft wünschen dürfen, dass die gewählten Ratsvertreter von CDU, SPD und FDP wenigstens das Niveau großer Tageszeitungen aufweisen.

2. Es ist Herrn Oberbürgermeister Franz Haug zu danken, dass er vor einigen Jahren in einem Alleingang das hier in Solingen geplante Cross-Border-Leasing-Geschäft mit einem amerikanischen Investor gestoppt hat. Hätte er das nicht getan, dann säße Solingen jetzt in derselben Soße, in die Recklinghausen hinein gerutscht ist. Im Recklinghausener Cross-Border-Leasing-Geschäft ist einer der amerikanischen Investoren geplatzt. Mal gucken, wer in Recklinghausen nun mit millionenschweren Sicherheiten einspringen kann.

3. Bei Kooperationen zwischen deutschen Kommunen und Investoren wechseln die Investoren im Bundesdurchschnitt ihre Objekte alle 13 Monate. Genau diese schnellen Wechsel kennen wir in Solingen von der Clemens-Galerie. Es passt dazu, dass es bei der Clemens-Galerie in den acht Jahren ihrer Existenz sieben verschiedene Geschäftsführer gab. Dawnay Day, der jetzige Inhaber der Clemens-Galerie, hat im Juli 2008 Insolvenz angemeldet und in einigen Zeitungsartikeln ist außerdem von der Zahlungsunfähigkeit zweier Holding-Gesellschaften die Rede. Was wird nun aus der Clemens-Galerie?

4. Aus den gemachten Erfahrungen wird die Stadt Solingen hiermit aufgefordert, mit all diesen Investorenmodellen Schluss zu machen und wieder zu einer soliden und vernünftigen Haushaltsgestaltung zurück zu kehren. Konkret heißt das: Kein Schwimmbad-Investor, kein Investor für das Walder Rathaus und Beendigung der Verhandlungen oder Vertragskündigung mit dem Investor HLG für eine Ladengalerie als Karstadtnachfolger. Die meisten dieser Investoren holen sich ihre Kredite im hochrisikoreichen Geschäftsbereich des Investmentbanking. Aber genau dieser Bankensektor steht im Mittelpunkt der jetzigen Wirtschaftskrise. Wer als Kommune weiterhin auf solche Partner setzt, handelt risikoreich und unseriös. Hat die Stadt Solingen einen Plan B, falls HLG platzt? Hier reicht doch nicht der zu erwartende Vorwurf, ich würde alles negativ sehen! Also nochmals: Gibt es einen solchen Plan B?

5. Angesichts der weltweiten Finanzkrise, die die Kommunen so sicher treffen wird wie das Amen in der Kirche, ist die Verabschiedung eines Doppelhaushaltes unverantwortlich und blind für die gegenwärtige Krise. Da zur Zeit eine verlässliche finanzielle Kommunalplanung beim besten Willen von niemand zu leisten ist, wäre das Gegenteil einer zweijährigen Langfristplanung sinnvoll. Also statt eines Doppelhaushaltes vorsichtige und höchst flexible Einzelschritte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir wollen keine Investorenstadt! Wir wollen eine Stadtplanung, in der es um Arbeitsplätze und um neue soziale Sicherheiten geht!

3. Wünsche an ein zukünftiges Solingen

Vier Punkte und Wünsche möchte ich hier formulieren:

1. Ich hatte neulich in Basel eine lange Diskussion mit einem Banker der Krisen geschüttelten UBS-Bank. Er war aufgrund der Wirtschaftskrise nach verzweifelter und pessimistischer als ich, sieht eine nicht zu stoppende radikale Abwärtsfahrt vor uns und empfahl als einzige Rettung den Anbau von Gemüse im eigenen Garten. Das ist nicht nur Verzweiflung, sondern auch die Hinwendung zu einer Ökonomie der eigenen Kräfte. Eine eigene Ökonomie ist nicht das gleiche wie Abschottung von Außenkräften oder gar selbstverschuldete Isolation, sondern der andauernde Versuch im vollen Vertrauen auf eigenes Potential so viel wie irgend möglich selbständig zu leisten, so viel wie möglich selbst zu bestimmen. Deswegen möchten wir keine Investoren, weil die von außen kommen und jeder auswärtige Investor ist immer auch ein Zerstörer von eigenem Solinger Potential. Deswegen wollen wir keine Privatisierung kommunaler Einrichtungen, weil nur auswärtige Privatisierer stark genug wären, solche Privatisierungsakte zu leisten. Deswegen auch bin ich gegen keine Stadtwerkefusion, weil genügend kommunale Stadtwerke auch kleiner Kommunen im süddeutschen Raum sehr schön zeigen, wie man mit einem geschickten Energiemix abseits großer Energiekonzerne durchaus eigenständig und betriebswirtschaftlich erfolgreich arbeiten kann.

Anders formuliert: Jede Krise ist auch eine Chance und Solingen sollte sich auf sein eigenes ökonomisches Potential konzentrieren. Konkret formuliert: Wenn denn schon auswärtige Investoren, die jährlich ihre Objekte wechseln wie so mancher Zeitgenosse seine Partner und die deswegen der Tod für jegliche kommunale Kontinuität vor Ort sind, dann muss in jeden Investorenvertrag die kommunale Bedingung hinein formuliert werden, dass der Objektbetreiber eine Solinger Firma mit wenigstens einem 10-Jahres-Vertrag sein muss.

2. Mein zweiter Punkt betrifft die Bildungspolitik. Die gegenwärtigen Wahlgeschenke – Politiker nennen sie gerne Konjunkturpakete – sind allesamt betonlastig. Damit meine ich folgendes: Bevorzugt finanziert werden mit diesen Mitteln Reparaturen und Ausbau altmodischer Infrastrukturen wie Automobilindustrie, Häuser, Gebäude, Strassen, Autobahnen usw., altmodisch deswegen, weil es überall um materielle Stoffe geht, also Dinge, die man handfest anfassen kann. Dies aber läuft auf eine verhängnisvolle Verlängerung unserer immer schlechter werdenden Position in der internationalen Arbeitsteilung hinaus. Falls Deutschland in 20 Jahren ökonomisch weltweit überhaupt noch irgendetwas zu sagen haben möchte, dann nur, wenn es ab jetzt und sofort sein immaterielles Potential drastisch anhebt, ausbaut, erweitert und sogar revolutioniert. Bildung, Bildung, Bildung und sonst nichts. Bildungspolitik fängt in der Kommune an und müsste jetzt und für die nächsten Jahre an aller erster Stelle im städtischen Haushalt stehen!

3. Wie Sie wissen, neige ich manchmal zu drastischer Sprache. Und polemisch könnte ich dann formulieren, dass sich Solinger Stadtplanung auf Baugenehmigungen für Supermärkte und Ladengalerien reduziert. Doch ernsthaft: Warum kann Solingen nicht auch Akzente bei einer sozialen Stadtplanung setzen, so wie das eine Vielzahl anderer Kommunen tut? Ich mache hier zwei konkrete Anregungen:

a) In Gelsenkirchen eröffnet die Caritas in den nächsten Tagen mit Mitteln u. a. vom Landschaftsverband einen Supermarkt in einem Problemviertel und in Städten wie Erlangen, Berlin, Augsburg u. a. gibt es seit langem sogenannte Sozialkaufhäuser. Sie arbeiten eng mit der Agentur für Arbeit, den örtlichen Sozialhilfeträgern und Bildungseinrichtungen zusammen und bieten Gebrauchsgüter für einen speziellen Kundenkreis an. Warum gibt es so etwas mit aktiver Unterstützung der Stadtverwaltung nicht in Solingen zum Beispiel im ehemaligen Gewerkschaftshaus in der Kölnerstrasse, das bekanntermaßen leer steht? Könnten hier Gelder des Landschaftsverbandes oder aus den Ziel 2-Mitteln der EU akquiriert werden? Ist eine solche Initiative für viele Menschen nicht wichtiger als die Ladengalerie „Hofgarten“ in der Karstadt-Nachfolge?

b) Überall nimmt die Zahl der Menschen mit Demenz zu. Das hessische Gießen hat daraus die Konsequenz gezogen, sich für die Zukunft als demenzfreundliche Kommune umzugestalten. Warum fährt nicht eine Solinger Delegation nach Gießen, sieht sich das dortige Konzept an und überträgt es auf die Verhältnisse hier vor Ort?

4. Ich schließe mit einer vierten und letzten Anregung. Viele Jahrzehnte lag jeglicher Integrationspolitik der Gedanke des Helfens und Unterstützens von Minderheiten zugrunde. Auch wenn dieser sozialpolitische Gedanke auch heute noch trägt, muss man doch auch zur Kenntnis nehmen, dass es unter den Migranten der Dritten Generation inzwischen eine nicht unbeträchtlich große Zahl erfolgreicher Akademiker und Unternehmer gibt. Dieses gilt auch für Solingen und 30 Prozent aller von Migranten in Solingen geführten Unternehmen gehören übrigens Frauen. Ich rege deswegen einen ständigen Runden Tisch zwischen der Stadt und migrantischen Unternehmen an, um gemeinsame Aktionsfelder zu erkunden und zu gestalten.